

Pressemitteilung

EU-Entwaldungsverordnung: Einigung zur Verschiebung für weitere Verbesserungen nutzen

Nach intensiven Verhandlungen ist es geschafft: Kommission, Rat und Parlament haben sich im Rahmen der Trilogverhandlungen auf eine Verschiebung und erste Erleichterungen bei der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) geeinigt. Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich begrüßt diese Einigung ausdrücklich als wichtigen Schritt für die bäuerlichen Familienbetriebe und die gesamte Forst- und Holzwertschöpfungskette. Damit ist ein drohendes Bürokratiechaos vorerst abgewendet. „Die Einigung ist ein Erfolg für unsere Betriebe. Wir haben erreicht, dass die Anwendung der Verordnung um ein Jahr verschoben wird – das bringt vorerst Klarheit und Zeit für weitere Verbesserungen und die Vorbereitung“, betont LK OÖ-Präsident Franz Waldenberger.

Wertschöpfungsketten bei Holz und Rindern bleiben funktionsfähig

Für mittlere und große Unternehmen gelten die neuen Regeln der EU-Entwaldungsverordnung erst ab 30. Dezember 2026, für Kleinst- und Kleinbetriebe ab 30. Juni 2027. „Diese Verschiebung ist ein Etappensieg, den wir dem beharrlichen Einsatz der bäuerlichen Interessenvertretung und Umweltminister Norbert Totschnig verdanken. Sie war notwendig, um ein drohendes Chaos auf den Holz- und Rindermärkten zu verhindern. Die elektronischen Systeme der Kommission wären aktuell völlig überlastet gewesen, und die praktische Umsetzung für viele Betriebe schlicht unrealistisch. Mit der Verschiebung wurde ein wichtiger Schritt gesetzt, um die Wertschöpfungsketten bei Holz und Rindern auch im neuen Jahr voll funktionsfähig zu halten“, betont Waldenberger.

Erleichterungen sind ein positives Signal

Die geplanten Änderungen – wie der „Once-Only“-Ansatz und weniger Referenznummern – sind ein wichtiger Schritt in Richtung Entlastung. Der ursprüngliche Plan, jede Holzlieferung und sogar jeden einzelnen Baumstamm mit eigenen Referenznummern zu erfassen, ist vom Tisch. „Das zeigt, dass unsere Argumente gehört werden. Dennoch bleibt die technische Hürde groß. Für Primärproduzenten wie unsere Waldbäuerinnen und Waldbauern verursacht

die EUDR weiterhin erheblichen Aufwand. Wir brauchen praktikable Lösungen, die den Einsatz für eine nachhaltige Holzversorgung nicht gefährden“, erklärt Waldenberger.

Bis April 2026 weitere Vereinfachungen vorbereiten

Es wurde außerdem festgelegt, dass die Europäische Kommission bis spätestens 30. April 2026 einen Bericht zur Vereinfachung der EUDR vorlegen muss, der die Auswirkungen und administrativen Belastungen bewertet. Daraus können weitere Vorschläge zur Entbürokratisierung folgen.

„Wir erwarten, dass diese Überprüfung ernsthaft genutzt wird. Bürokratieabbau ist keine Nebensache, sondern Voraussetzung dafür, dass unsere Wertschöpfungsketten bei Holz, Rindern und Soja wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleiben“, betont Waldenberger.

Null-Risiko-Kategorie weiterhin dringend notwendig

„Österreich ist ein Ver-waldungsland! Ent-waldungen finden aufgrund der strengen Vorgaben im Forstgesetz sowieso nicht statt. Wir fordern weiterhin eine Null-Risiko-Kategorie für Länder ohne Entwaldungsrisiko. Das würde Bürokratie abbauen und den Fokus dorthin lenken, wo Entwaldung tatsächlich stattfindet. Es kann nicht sein, dass Länder wie Brasilien trotz massiver Regenwaldrodung nicht in die höchste Risikostufe fallen, während Österreich denselben Nachweispflichten unterliegen soll“, unterstreicht Waldenberger.

Österreichs Wälder wachsen – Fakten statt Misstrauen

Das österreichische Forstgesetz garantiert Walderhaltung und die Waldfläche nimmt seit Jahren zu. Die Waldfläche Oberösterreichs hat sich in den vergangenen 20 Jahren um 8.000 Hektar erhöht, jene Österreichs um 58.000 Hektar – das entspricht der Größe des Bezirks Grieskirchen. „Unsere Betriebe leisten einen unschätzbaren Beitrag zur nachhaltigen Holzversorgung. Wir wollen, dass die EU das anerkennt und Lösungen mit Hausverstand umsetzt“, so Waldenberger abschließend.



Bildtext: Oberösterreichs Wald wächst und der bewirtschaftete Wald trägt dazu bei, dass dieser vital und gegen den Klimawandel resilient bleibt. Deshalb spricht sich die Landwirtschaftskammer OÖ vehement dafür aus, dass die Waldbewirtschaftung in Österreich auch künftig ohne massive bürokratische Hürden stattfinden kann.

Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

Kontakt: DI Stephan Grasserbauer, BSc,
Tel +43 50 6902-1330, stephan.grasserbauer@lk-ooe.at